

3980/J XX.GP

der Abgeordneten Mag. Dr. Grollitsch Madl, Dr. Preisinger, DI Schöggel
und Kollegen

an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
betreffend Schulverbund Mittelschule Wien 22

Das Kollegium des Wiener Stadt Schulrates beschloß in seiner Sitzung am 18. November 1997 mehrheitlich die ersten Klassen des AHS - Standortes Theodor - Kramer - Straße als Gesamtschulversuchsmodell „Schulverbund Mittelschule“ beim BMUKA zu beantragen. Diese Vorgangsweise setzt nach § 7 (5) SchOG eine Abstimmung bei Eltern und Lehrern der betroffenen Schule voraus. Eine diesbezügliche Abstimmung nach § 7 (5) SchOG wurde wohl an der Hauptschule dieses Standortes durchgeführt jedoch die Abstimmung an der AHS Theodor - Kramer - Straße erfolgte nach § 7 (5a), wonach die betroffenen Eltern nicht um ihre Zustimmung nach einer Einbeziehung der AHS Theodor - Kramer - Straße in den 1. Schulverbund Mittlehule“ befragt wurden, sondern ihr Einverständnis aus dem Umstand der bloßen Anmeldung ihres Kindes an dieser AHS abgeleitet wurde. Da den Eltern und Lehrern die gesetzlich garantierte Mitwirkung bis heute vorenthalten blieb, wurde dies seitens der Schule mit dem Hinweis auf ein damals nicht vorgelegtes Rechtsgutachten des BMUKA, das sich lediglich als unverbindliche mündliche Auskunft (siehe 3406 AB) herausgestellt hat, begründet.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

1. Ist Ihnen der dargestellte Sachverhalt bekannt und wenn ja. seit wann und wenn nein warum nicht“?
2. Auf welchen konkreten Überlegungen und Grundlagen basiert die Entscheidung Ihres Ressorts, dem Gesamtschulversuchsmodell „Schulverbund Mittelschule“ in der Theodor - Kramer - Straße zuzustimmen?
3. Aus welchem Grund wurde bei gleicher Ausgangssituation (Umstellung der HS bzw. AHS auf Schulversuchsschulen) verschiedene Rechtsgrundlagen zur Anwendung zugelassen“?
4. Ist seitens Ihres Ressorts eine schriftliche Ausfertigung des mündlich durch den Stadtschulrat Wien von Herrn MinRat Dr. Jisa eingeholten Rechtsgutachtens bezüglich der rechtmäßig-

ßigen Anwendung des § 7 SchOG erfolgt und wenn ja. wann und wenn nein. warum nicht bzw. wird ein solches erfolgen?

5. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, damit Eltern und Lehrer von ihrem gesetzlich verbrieften Recht der Zustimmung oder Ablehnung des Gesamtschulversuchsmodell „Schulverbunds Mittelschule“ Gebrauch machen können?

6. Ist Ihnen die jüngste Weisung des Stadtschulrates Wien bekannt, wonach der Direktor des Standortes Theodor-Kramer - Straße dazu aufgefordert wird, von den für das Schuljahr 1998/99 in den ersten Klassen vorgesehenen Lehrern schriftlich die Zustimmung zum Schulversuch Mittelschule einzuholen, anstatt eine Abstimmung gemäß § 7 SchOG durchzuführen?

7. Wie stehen Sie zu einer weiteren Weisung des Stadtschulrates Wien, wonach für den Fall, daß die benötigte Zweidrittelmehrheit an Unterstützungsunterschriften in der Lehrerschaft nicht erreicht werde, eine neue Lehrfächerverteilung vorgenommen werden soll und insbesondere diejenigen Lehrer, die die Unterstützungserklärung nicht unterzeichneten, nicht mehr berücksichtigt werden?

8. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, sollten Lehrer, die die Unterstützungserklärung bisher nicht unterzeichnet haben, nicht mehr im vorgesehenen Ausmaß berücksichtigt werden?

9. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, um im 22. Bezirk die derzeit beschämende Versorgung mit AHS - Plätzen zu verbessern und ein weiteres Auspendeln der Schüler in andere Bezirke hintanzuhalten?

10. Welche konkreten Vorstellungen verfolgt Ihr Ressort, insbesondere vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Diskussion über die Einführung des „Schulverbundes Mittelschule“, hinsichtlich der Einführung der Gesamtschule ?